

Anselm Tiggemann:

**„Die ‚Achillesferse‘ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland:
Zur nuklearen Kontroverse und nuklearen Entsorgung von den
Anfängen bis Gorleben 1955 - 1985“**

„Gorleben“ – das ist nicht nur der kleine Ort im Nordosten Niedersachsens mit 650 Einwohnern. „Gorleben“ steht für die Geschichte und Politik der Kernenergie und besonders der nuklearen Entsorgung, der Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle sowie für den Protest gegen die Kernenergie und für die Mythen, die sich darum ranken.

Am 22. Februar 1977 verkündete der Ministerpräsident Niedersachsens, Ernst Albrecht (CDU), den Beschluß, Gorleben werde Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ (NEZ). Drei Wochen später folgte die erste Großkundgebung von mehreren Tausend Demonstranten gegen diese Entscheidung. Seitdem hat es eine andauernde Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung gegeben, in die eine ganze Generation von Befürwortern und Gegnern verwickelt gewesen ist. Die Dissertation geht anhand einer zeithistorischen Analyse der Politik der nuklearen Entsorgung in der Bundesrepublik von 1955 bis 1985 der Frage nach, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Ihr Schwerpunkt liegt auf dem bisher zeithistorisch wenig beachteten Projekt des „Nuklearen Entsorgungszentrums“, einer einzigartigen deutschen Entwicklung, die neben einem Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle insbesondere die größte Wiederaufarbeitungsanlage der Welt enthalten sollte: An diesem Projekt trafen nukleare Kontroverse und nukleare Entsorgung in Deutschland aufeinander. Wie und warum ist gerade Gorleben für das Projekt ausgewählt worden? War der Standortauswahlprozeß von wissenschaftlichen Motiven geleitet oder überwog das politische Kalkül? Welche Konzeption lag dem „Nuklearen Entsorgungszentrum“ zugrunde und warum richteten sich Kritiker dagegen? Stimmt das Bild, das oft im Hinblick auf Kernkraftwerke, ihre ausgedienten Brennelemente und radioaktiven Abfälle gebraucht wird, daß man ein Flugzeug gestartet, aber keine Landebahn gebaut habe?

Darüber hinaus geht es um allgemeinere Fragen innerhalb der bundesrepublikanischen Entwicklung. Zwar hatte es schon Ende der 50er Jahre Proteste gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie gegeben, aber zu Beginn der 70er Jahre hatten Umweltfragen eine völlig andere Stellung errungen. Erst in einem solchen Umfeld ist eine Protestbewegung wie die gegen „Gorleben“ denkbar.

Die Frage nach den Ursachen, warum gerade in den 70er Jahren die Opposition gegen Kernenergie wuchs, wurde zu einem vieldiskutierten Thema in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften der späten 70er und der 80er Jahre: Der Historiker Joachim Radkau erklärt den Konflikt in der Bundesrepublik Deutschland aus Unzulänglichkeiten in der technischen und ökonomischen Entwicklung der Kernenergie (unkoordiniertes Nebeneinander zu vieler Reaktorlinien, übereilte Entwicklung). Außerdem bemängelte er, daß die kerntechnische Entwicklung lange Zeit abseits der Öffentlichkeit stattgefunden habe. Erklärungsansätze von Politologen und Soziologen ordnen den Kernenergieprotest als Innovationsprotest in die Historie von Konflikten um technische Großprojekte ein. Sie betonen die Entwicklung zu einer Widerstandskultur, die dadurch gekennzeichnet sei, daß sie grundsätzliche Werte, die Industriegesellschaft als solche, in Frage stellt. Im Gegensatz zu Radkau bedienen sich Sozialwissenschaftler der Theorie der Neuen Sozialen Bewegung, um das Phänomen des Anti-Kernkraftprotestes zu analysieren. Sie verstehen die Anti-AKW-Bewegung als Teil der Ökologie- oder Bürgerinitiativbewegung, aus dessen Potential die Partei „Die Grünen“ hervorging, die Parteiensystem und politische Kultur in der Bundesrepublik veränderte. Die Arbeit verbindet beide Erklärungsansätze.

Sie basiert auf einer breiten Quellengrundlage, die aus Aktenbeständen der beteiligten Bundesministerien (Bundesatomministerium und seine Nachfolger), der Forschungseinrichtungen (Kernforschungszentrum Karlsruhe, Forschungsbergwerk Asse), der Energiewirtschaft (Die die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, DWK, betreffenden Bestände der PreussenElektra AG), der maßgeblich beteiligten Politiker (Bestände in den Archiven der Parteien) sowie der bundesdeutschen Anti-Atomkraft-Bewegung (Archiv aktiv, Privatarchiv Marianne Fritzen) besteht. Außerdem wurden mit etwa fünfzig Politikern, Managern und namhaften Atomkraftgegnern Zeitzeugenbefragungen durchgeführt, die Aufschluß sowohl über Einstellungen und Mentalitäten als auch die politischen Entscheidungsprozesse geben.

Die Arbeit stellt in mehrfacher Hinsicht ein Forschungsdesiderat dar: Die von Joachim Radkau als „größter und gedankenreichster öffentlicher Diskurs in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik“ bezeichnete Diskussion wird erstmals im Hinblick auf den Themenschwerpunkt „Entsorgung“ analysiert. Die Arbeit ist damit nicht nur eine Fallstudie zur bundesdeutschen Gesellschaftsgeschichte der 70er Jahre, sondern trägt auch zur Erforschung der wichtigsten bundesdeutschen Neuen Sozialen Bewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung, bei. Außerdem wird ein bisher ungeschriebenes Kapitel der bundesdeutschen Technikgeschichte, das „back-end“ des „nuclear fuel cycles“, nämlich die „Entsorgung“ im Kernbrennstoffkreislauf, beleuchtet. Unter politikwissenschaftlicher Fragestellung ergeben sich wertvolle Aufschlüsse über den bundesdeutschen Föderalismus und die Veränderungen im bundesdeutschen Parteiensystem. Mit der Dissertation werden die bisher wenig thematisierten gesellschafts- sowie technikpolitischen Konfliktlinien der Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren erforscht.

Folgende Ergebnisse können festgehalten werden:

In der „Prähistorie“ (Radkau) der bundesdeutschen Kernkraftkontroverse in den 50er und 60er Jahren gab es an nahezu allen Standorten von kerntechnischen Anlagen Widerstände. Die Argumente der lokalen Gegner gegen Anlagen richteten sich nicht gegen die Kernenergie als solche, sondern gegen den konkreten Standort („Verschon mein Haus, zünd's andere an.“ St. Florians-Prinzip). Im Gegensatz zu den lokalen Protesten und Bedenken herrschte in den Parteien und der Gesellschaft ein „Nuklearkonsens“, daß die Kernkraft als Energieform der Zukunft auszubauen sei. Der Protest blieb lokal und zeitlich beschränkt, war jedoch in vielen Fällen aus der Sicht der Gegner erfolgreich, da er zu einer zeitlichen Verzögerung, örtlichen Verlagerung oder gar zum Scheitern von kerntechnischen Projekten führte. Besonders die Assoziation des Jahrtausende strahlenden „Atommülls“ sorgte dafür, daß die Anlagen der nuklearen Entsorgung (Wiederaufarbeitung und Lagerung) schon vor der Benennung von „Gorleben“ als Standort für das „Nukleare Entsorgungszentrum“ besondere Akzeptanzprobleme hatten. Das Muster der Auseinandersetzungen mit Kommunikationsproblemen zwischen Gegnern, Befürwortern und Betreibern kerntechnischer Anlagen ähnelte in den späten 50er und 60er Jahren auf lokaler Ebene dem Konfliktverlauf an Standorten der späten 70er und frühen 80er Jahre. In den 70er Jahren erreichte der Konflikt jedoch eine neue Dimension, was sich sowohl in einem rapiden Anstieg der Einsprüche in den Genehmigungsverfahren, der Mobilisierung von Menschenmassen durch Demonstrationen und einer Vielzahl von Aktionsformen und einer breiten Kernenergie Diskussion in den Medien und den Parteien zeigte. Der „Nuklearkonsens“ der 50er und 60er Jahre zerbrach. Energiepolitik und Kernenergie wurden politisiert und ideologisiert. Die Kernkraftkontroverse wurde Teil eines „ökologischen Diskurses“ (Kitschelt) mit entgegengesetzten Gesellschaftskonzeptionen. In den Regierungsparteien (SPD/F.D.P.) formierten sich kernenergiekritische Flügel in den Jugendverbänden

und in Landes-/Bezirksverbänden ohne Regierungsverantwortung. Die Entsorgungskonzeption der Bundesregierung (Bau und Betrieb von Kernkraftwerken nur bei „gesicherter“ Entsorgung / „Sicherung“ der Entsorgung durch den Bau des „Nuklearen Entsorgungszentrums“) bildete eine Klammer zwischen Kernenergiebefürwortern und –gegnern in den Regierungsparteien. Die Kopplung von Bau und Betrieb von Kernkraftwerken mit der nuklearen Entsorgung war außerdem ein Mittel, um die Kernkraftwerksbetreiber zu zwingen, sich in der nuklearen Entsorgung, insbesondere in der kostenintensiven Wiederaufarbeitung, zu engagieren.

Nach der Benennung des Standortes Gorleben nahm die innerparteiliche Kritik an dem „Nuklearen Entsorgungszentrum“ zu. Der Entsorgungskonsens in SPD und F.D.P. zerbrach. Während die sozialliberale Bundesregierung an dem Konzept festhielt, lehnten vor Ort SPD- und F.D.P.-Politiker das Konzept ab. Schließlich sprach sich auch Albrecht am 16. Mai 1979 gegen das Zentrum aus.

Vorausgegangen war die Entwicklung einer breiten Widerstandsbewegung im Landkreis Lüchow-Dannenberg, die in Verbindung mit der vielfach beachteten kritischen Durchleuchtung des Konzeptes im Gorleben-Hearing und dem für kerntechnische Projekte denkbar ungünstigen tagespolitischen Klima nach dem Unfall im Kernkraftwerk Three-Mile-Island in Harrisburg zu Albrechts Veto führte.

Seine Regierungserklärung war ein „Meisterstück des politischen Sowohl als Auch“ (Helmut Hirsch). Einerseits schätzte der niedersächsische Regierungschef das „Nukleare Entsorgungszentrum“ als „sicherheitstechnisch realisierbar“ ein, wenn Änderungen am Konzept vorgenommen würden, andererseits lehnte er die Wiederaufarbeitungsanlage ab, da er sie „für politisch nicht durchsetzbar“ hielt. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg war für eine kurze Zeit „entlastet“ und die Bundesregierung sah sich gezwungen, im Zusammenwirken mit den Ländern die Entsorgungskonzeption zu überarbeiten.

Jedoch ging das Kalkül des Ministerpräsidenten, durch Abwerfen des „Ballastes Wiederaufarbeitungsanlage“ die Tiefbohrungen, also die zur Realisierung der Endlagerung kurzfristig durchzuführenden Untersuchungen in Gorleben durchzusetzen, nur bedingt auf: Zwar flaute die Protestwelle im Landkreis Lüchow-Dannenberg wieder ab, nachdem die Wiederaufarbeitung aus dem Konzept herausgenommen worden war, aber der Widerstand gegen die Tiefbohrungen erstarkte bereits im Herbst 1979 wieder und führte im Mai 1980 zur spektakulären Besetzung der Bohrstelle 1004, die mit dem bis dahin massivsten Polizeiaufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik geräumt wurde. Das Anti-Atom-Dorf war zuvor zum bestaunten phantasievollen Experimentierfeld alternativer Lebens- und Energieformen geworden. Als „Republik Freies Wendland“ mit „Wendenpaß“, eigener Zeitung und dem illegalen Radiosender ging die Aktion als stark beachteter Mythos in die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ein. Nachdem die Wiederaufarbeitung 1979 der Hauptangriffspunkt gewesen war, sollte sich so die Prophezeiung des Lüchow-Dannenger Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill erfüllen, daß sich die Diskussion auf den Salzstock konzentrieren würde, nachdem die Wiederaufarbeitung aus der Diskussion „herauskommt“. Es ging im Jahre 1980 noch nicht so sehr um die wissenschaftliche Diskussion um die Eignung des Salzstocks, die im Sommer 1982 zum bestimmenden Thema der Auseinandersetzung um das Endlager werden sollte, sondern um Alternativen in Lebensstil, Politik und Wirtschaft, die auf dem besetzten Platz dargestellt wurden. Wie zuvor im Aufruf „Gorleben soll leben!“ wurde mit Projekten auf dem besetzten Bohrplatz deutlich, daß die Gegner der kerntechnischen Anlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg über die bloße Ablehnung der Kernenergie und der nuklearen Entsorgung hinausgewachsen waren (Bau eines Windrades, einer Solardusche etc.): Damit war der Schritt von der Anti-AKW- zur Ökologiebewegung getan.

Der Protest gegen die Errichtung des Zwischenlagers in den 80er Jahren markiert einen kontinuierlichen Widerstand gegen kerntechnische Anlagen im Landkreis Lüchow-Dann-

berg, der erkennen ließ, daß jegliche „Entsorgungsanlage“ auf Ablehnung durch die Kernkraftgegner stoßen würde. Im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens (Erörterungstermin), der Kommunalpolitik und verwaltungsrechtlicher Auseinandersetzungen versuchten die Kernkraftgegner, die Realisierung des Zwischenlagers aufzuhalten.

Nach Albrechts „Nein“ am 16. Mai 1979 war die Auffassung, daß das „Nukleare Entsorgungszentrum“, insbesondere die Wiederaufarbeitungsanlage, im Landkreis Lüchow-Dannenberg „vom Tisch sei“, für die Akzeptanz eines Zwischen- und Abfallagers wichtig. Daher stießen die erneuten Wiederaufarbeitungsplanungen, die im November 1982 bekannt wurden, auf besonders vehemente Kritik. Sie standen im Widerspruch zu den bisherigen politischen Aussagen und Beschlüssen, so daß dem Ministerpräsidenten und der CDU „Wort-“ oder „Vertrauensbruch“ vorgeworfen wurde. Dabei ist es unerheblich, daß für das neue Projekt nicht das von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen favorisierte Standortgelände des „Nuklearen Entsorgungszentrums“, sondern das 25 km entfernte Dragahn vorgesehen war.

Durch die Analyse der Entsorgungskonzeption und des Konfliktes im Landkreis Lüchow-Dannenberg konnte darüber hinaus zur bisherigen Forschung, zu den Argumentationen von Kernkraftgegnern und –befürwortern in der Auseinandersetzung um Gorleben und zum Konflikt um nukleare Entsorgungsanlagen Stellung bezogen werden: Otto Keck stellte die These auf, daß in Gorleben auch ohne Albrechts Veto eine Wiederaufarbeitungsanlage nicht gebaut worden wäre. Seiner Meinung nach „spielten“ die Elektrizitätsgesellschaften „auf Zeit“, indem sie die Wiederaufarbeitungsverträge mit ausländischen Firmen abgeschlossen und den Bau der eigenen Wiederaufarbeitungsanlage „dilatatorisch“ behandelt hätten. Der Politologe stützte seine These auf die Zeitverzögerungen bei der Umsetzung des Projektes und die Liquidation der Wiederaufarbeitung in Deutschland im Jahre 1989.

Dem ist entgegenzuhalten: Der Abschluß der Wiederaufarbeitungsverträge Ende der 70er Jahre wurde von den Elektrizitätsgesellschaften als „notwendiges Übel“ und nicht als „Spielen auf Zeit“ betrachtet. Die Zeitverzögerungen fielen nicht in den Verantwortungsbereich der Elektrizitätsgesellschaften, sondern waren auf den politischen Antagonismus zwischen Hannover und Bonn in der Hochphase der Kernenergiekontroverse zurückzuführen. Der unkalkulierbare Kostenanstieg und die ungewisse Zukunft der Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage ist nicht Folge eines zielgerichteten Handelns der Elektrizitätsgesellschaften, sondern muß in einer Fülle von Ursachen gesucht werden, an deren Anfang durch die Politik erzwungene Änderungen der Anlagenkonzeption standen.

Weitere strittige Punkte sind die Standortauswahl von Gorleben und die Beschränkung der Untersuchungen auf den Gorlebener Salzstock. Neben den bisher bekannten Untersuchungen im Auftrag des Bundes ist besonders der bisher kaum beachtete unabhängige Auswahlprozeß durch das Land Niedersachsen, der zu dem Standort Gorleben führte, zu berücksichtigen. An diesem Prozeß wurde von Befürwortern und Gegnern eines Endlagers Gorleben der geringe Stellenwert der Geologie bemängelt. Jedoch ging es bei der Auswahl um einen Standort für den „Gesamtkomplex des äußeren Brennstoffkreislaufes“. Es ging also nicht allein um ein Endlager, dessen Betrieb erst kurz zuvor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zugeschrieben worden war, sondern in erster Linie um die größte industrielle Wiederaufarbeitungsanlage der Welt.

Deshalb wurde die Geologie in der Standortauswahl durch andere Faktoren, die bei der Auswahl eines Endlagers eine untergeordnete Bedeutung spielten, aber für eine Wiederaufarbeitungsanlage wichtig waren, wie beispielsweise die meteorologischen Verhältnisse, die Intensität der Milchwirtschaft etc. marginalisiert. Außerdem war so wenig über den Innenaufbau der meisten Salzstöcke bekannt, daß eine Aussage über die bessere Eignung oder Mindereignung von genaueren Untersuchungen abhängig war. Nachdem die geologischen und sonstigen

Voraussetzungen gegeben waren, kam bei der Entscheidung für Gorleben als Standort des „Nuklearen Entsorgungszentrums“ mit 3.600 Dauerarbeitsplätzen der Strukturschwäche des Landkreises Lüchow-Dannenberg ein wichtiger Stellenwert für die Gorleben-Entscheidung zu. Darüber hinaus gehende Interpretationen, daß derjenige Standort ausgewählt worden sei, an dem der Widerstand der Bevölkerung am schwächsten sei und zu der von Albrecht bestrittenen These, daß die Standortentscheidung von Gorleben eine Antwort auf die DDR-Entscheidung für Morsleben war, müssen Spekulationen bleiben, da in den dem Verfasser zur Verfügung stehenden Quellen keine belastbaren Belege gefunden werden konnten. Das Gleiche gilt für Vermutungen, die wegen der Grenznähe von Gorleben angestellt worden waren, wie etwa eine leichte Absperrbarkeit des Landkreises im Katastrophenfall.

Der Menge der Spekulationen trat jedoch weder die Bundes- noch die Landesregierung oder die DWK entgegen, lediglich der Umweltausschuß des Niedersächsischen Landtages wurde über das Procedere der Auswahl informiert. Der Standortauswahlprozeß war so für die Öffentlichkeit nicht transparent gemacht, geschweige denn der durch das Erstarken der Kernenergiekontroverse sensibilisierten Bevölkerung vermittelt worden. Neben der unzureichenden Kommunikation stellte die Beschränkung der weiteren Eignungsuntersuchungen auf den Salzstock Gorleben ein Problem dar: Durch die Unmöglichkeit von Vergleichsuntersuchungen waren dem Vorwurf, daß die Untersuchungsergebnisse „gesundgebetet“ würden, Tür und Tor geöffnet worden. Auch wenn nicht einzelne Parameter, sondern nur die geologische Gesamtsituation einer Salzformation Aussagen über die Machbarkeit eines Endlagers für alle Arten von radioaktiven Abfällen zuläßt, belastete die politische Unterdrückung vergleichender Untersuchungen die Akzeptanzfähigkeit eines Endlagers Gorleben über die mit der Kerntechnik verbundenen Risiken hinaus.

Aufgrund der Analyse der Politik der nuklearen Entsorgung der ersten Hälfte der 80er Jahre kann Albrechts Regierungserklärung vom 16. Mai 1979, in der er der Bundesregierung riet, das „Projekt Wiederaufarbeitung nicht weiter zu verfolgen“, aus der Sicht der Befürworter nuklearer Entsorgungsprojekte als weitblickend und aus dem Blickwinkel der Gegner als verhängnisvoll interpretiert werden. Einerseits wurden durch die Aussage, daß es „falsch wäre, den Bau eines integrierten Entsorgungszentrums als einzige Lösung der Entsorgungsfrage zu sehen“, der nuklearen Entsorgung Optionen eröffnet: Die Entsorgung wurde aus der Fixierung auf ein einziges Konzept herausgeführt. Das integrierte Entsorgungskonzept war flexibler umzusetzen als ein integriertes Entsorgungszentrum. Nur durch die gewisse „Entlastung“ konnten Zwischen- und Abfallager, Pilotkonditionierungsanlage und Erkundungsbergwerk in Gorleben realisiert werden. Für die Kritiker bedeutete Albrechts Entscheidung jedoch nach der Euphorie über das Scheitern des „Nuklearen Entsorgungszentrums“ eine „Salami-taktik“, die auf eine langfristige Durchsetzung der Planungen hinauslief. Sie sahen sich durch die Planungen für die Wiederaufarbeitungsanlage Dragahn bestätigt. Dadurch, daß der Anti-AKW-Widerstand im Landkreis Lüchow-Dannenberg gerade durch diese Planungen erstarkte und sich verbreiterte, wurde deutlich, daß es sich bei dem Protest gegen das „Nukleare Entsorgungszentrum“ nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um eine Soziale Bewegung handelte, deren Wirksamkeit und Institutionalisierung durch den folgenden Konflikt weiter zunahm. Die Fronten von Gegnern und Befürwortern der umstrittenen Anlagen verfestigten sich weiter. Mehrere Ebenen der Auseinandersetzung bildeten sich heraus: Einerseits die sachlich-wissenschaftliche Ebene, die durch zahlreiche Parlamentsanhörungen, wissenschaftliche Gutachten und zahlreiche Informationsveranstaltungen gekennzeichnet war, andererseits eine weltanschaulich-moralische Ebene, die durch zwei verschiedene Weltansichten geprägt war: Eine technokratische, auf ökonomische Sachrationalität fokussierte Perspektive, die auf technischen Fortschritt als Motor weiteren Wirtschaftswachstums setzte, traf auf eine Weltansicht, die postmaterialistische Werte in den Vordergrund und die technokratische Per-

spektive in Frage stellte. Der Glaube an die „Lösbarkeit des Energieproblems“ und an den „technischen Fortschritt“ traf auf Wissenschaftsskepsis und Protest.

Rückblickend zeigt sich auch, daß der Konflikt um die nukleare Entsorgung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre zur wichtigsten Ausprägung der bundesdeutschen Kernenergiekontroverse geworden war. Das weitere Schicksal der Anlagen zur nuklearen Entsorgung war so bis zum Reaktorunfall in Tschernobyl zum wichtigsten Prüfstein für die Zukunft der Kernenergie in Deutschland geworden. Die nukleare Entsorgung stellte in diesem Zeitraum die Achillesferse der Kernenergie in der Bundesrepublik dar.